

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Eilblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Rieser
Summe Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Sopoden, des Amtsgerichts und der Amtswirtschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptzolamts Meisen bestellbar bestimmte Blatt.

Postfach:
Rieser 1300.
Verleger:
Rieser Nr. 52.

Nr. 84.

Mittwoch, 10. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die Abrüstungsdebatte in Genf.

Der italienische Außenminister hat das Wort. — Echo der Brüning-Rede.

Dr. Brüning von Genf abgereist.

Genf. Reichskanzler Dr. Brüning ist am Dienstag um 18 Uhr in Begleitung von Ministerialdirektor Zechlin und Oberregierungsrat Bland von Genf abgereist und trifft am Mittwoch nachmittag in Berlin ein. Kurz vor seiner Abreise hatten die japanischen Botschafter Sato und Wabandaira dem Reichskanzler einen Besuch ab. Staatssekretär von Bülow bleibt vorläufig noch einige Tage hier, um die Reichsregierung im Völkerbundrat zu vertreten.

Genf. Der Völkerbundrat trat am Dienstag nachmittag auf Grund eines Antrages der chinesischen Regierung in Anwesenheit des Staatssekretärs von Bülow zu einer geheimen Sitzung ohne die Vertreter Japans und Chinas und anschließend zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der der chinesische Gesandte Yen von neuem in schärfer Weise der japanischen Regierung vorwarf, in China offenen Krieg zu führen. China werde gezwungen, neue Entschuldigungen zu treffen, falls nicht der Völkerbundrat jetzt eindeutig zu dem Konflikt Stellung nehme.

Allgemeine Debatte erregte es, als der japanische Botschafter Sato erklärte, die japanische Regierung habe die Absicht, in nächster Zeit die Feindseligkeiten einzustellen. Die japanische Regierung habe ihren Vertretern in Schanghai Anweisungen gegeben, mit den Vertretern der anderen Mächte über die Schaffung einer neutralen Zone zu verhandeln, hinter der die beiderseitigen Truppen zurückgezogen werden sollen.

Der englische Außenminister Simon erklärte, daß die fünf Forderungen der englischen und amerikanischen Regierung nicht zu einem Erfolg geführt hätten. Die Verhandlungen über die Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai seien im Gange. Die weiteren Ausführungen Simons waren äußerst vorsichtig und nichtslagend, so daß allgemein der Eindruck bestand, daß die englische Regierung ein weiteres Einreisen in diesen Konflikt ablehnt.

Der Vizepräsident Paul Boncour erklärte, der Grundgedanke der Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai wäre von den beiden Regierungen angenommen worden. Die Rolle des Völkerbundes müsse sich daher zunächst darauf beschränken, das Ergebnis der Verhandlungen über die Schaffung einer neutralen Zone abzuwarten.

Die mehrstündigen Verhandlungen des Völkerbundrates über den japanisch-chinesischen Konflikt haben in großer Deutlichkeit den schon seit langem hier bestehenden Eindruck verstärkt, daß ein ernsthafter Wille, den Konflikt zwischen Japan und China beizulegen, im Völkerbundrat nicht vorhanden ist. Diese ablehnende Haltung des Völkerbundrates hat sich in den letzten Tagen außerordentlich verstärkt, da, wie verlautet, zwischen der englischen und amerikanischen Regierung eine Verständigung dahin erzielt sein soll, daß zunächst die Entwicklung des Konflikts abzuwarten ist und ein Eingreifen der beiden Großmächte nicht stattfinden soll.

Genf. Gegen Schluß der gestrigen Ratssitzung sprachen die Vertreter Chinas und Japans noch einmal. Der chinesische Delegierte betonte, daß China im Gegensatz zu Japan die Vermittlungsvorschläge der Mächte in ihrer Gesamtheit angenommen habe. Der japanische Vertreter erinnerte an die Vorgänge im Jahre 1927, als England und Amerika gezwungen waren, ebenfalls mit militärischen Maßnahmen in Schanghai einzuschreiten. Der Vorsitzende forderte den Vertreter Chinas auf, dem Rat die für die weitere Anwendung des Artikels 16 notwendigen Unterlagen zu liefern, und vertagte dann die Sitzung.

Die Rede des italienischen Außenministers.

Genf. (Funktspruch.) Auf der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort zu einer überaus bemerkenswerten Darlegung der Auffassung seines Landes über die Abrüstungsfrage. Hauptpunkte der Rede waren eine scharfe Kritik der französischen Vorschläge und eine entschiedene Ablehnung der Politik des unbegrenzten Egoismus, die Wiederholung der mussolinischen Forderung nach Gleichberechtigung aller Staaten, die ausführliche Entwicklung des Gedankens, daß die deutsche Abrüstung nur der Anfang der allgemeinen Abrüstung sein dürfe und der Hinweis auf die Abrüstungsmethoden des Versailler Vertrages, der in dem Verbot der Angriffswaffen allgemeine Nachahmung verdiene.

In diesem Sinne erklärte Grandi die Zustimmung seines Landes zu einem organischen Plan der qualitativen Abrüstungsbeschränkung, der folgende Punkte umfaßt:

- Auf dem Gebiet der Flottenrüstungen:
1. Gleichzeitige Abschaffung der U-Boote und der Unterseeboote.
 2. Abschaffung der Flugzeugträger.

- Auf dem Gebiet der Landrüstungen:
1. Abschaffung der schweren Artillerie jeder Art;
 2. Abschaffung der Tanks jeder Art.

- Auf dem Gebiet der Vorkriegsleistungen:
- Abschaffung der Bombenflugzeuge.

- Auf allen Gebieten:
1. Abschaffung der Angriffsmittel des chemischen und bakteriologischen Krieges jeder Art.
 2. Revision der internationalen Abkommen zur Sicherung eines vollständigeren und wirksameren Schutzes der Zivilbevölkerung.

Im einzelnen führte Grandi aus: Es gibt zwei Wege, die nach meiner Auffassung zu nichts führen können: Der eine ist der Weg der Abrüstungsdemagogie, der andere der Weg der Abrüstungsphilosophie. Unsere Arbeit muß sich auf die Notwendigkeit begründen, das Abrüstungsproblem in praktischer Weise zu lösen und uns nach den internationalen Verpflichtungen zu richten, die wir eingegangen sind. Diese Verpflichtungen sind positiv und klar. Sie sind in Punkt 5 der Friedensverträge in den Statuten des Völkerbundes und im Protokoll von Locarno in einer Form niedergelegt, die weder Ärgern noch Ungewißheit zuläßt.

Die Fortsetzung der unfruchtbaren Aussprüche über das Verhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit würde bedeuten, daß wir in den Fesseln verfallen, den ich die Abrüstungsphilosophie genannt habe. Die Tatsache zeigt uns, daß es ohne Abrüstung keine Sicherheit geben kann. Wir befinden uns auf der tiefsten Ebene eines neuen Wettlaufens, das uns so beunruhigender ist, als man diese Erscheinung bei dem tieferen Hintergrund der Wirtschaftskrise, die alle Länder erfasst hat, betrachtet.

Wie der deutsche Reichskanzler gestern so richtig erklärt hat, hänge der praktische Wert der Abkommen und der zwischen den Völkern ausgetauschten Erklärungen über die Aufrechterhaltung des Friedens von den Ergebnissen der gegenwärtigen Konferenz ab.

Grandi wendet sich entschieden gegen die Aufrechterhaltung eines Zustandes, den er das Regime des Rückwärtsübergewichts nannte. Jedes militärische Übergewicht sei zwangsläufig dazu bestimmt, auf die Gesamtheit der internationalen Beziehungen seinen Druck fühlbar werden zu lassen, und es wäre nötig, zu hoffen, daß es diesen Druck immer im Dienste der Gerechtigkeit ausüben werde. Es handele sich für die Konferenz jetzt darum, dem Rechte mehr Macht und nicht der Macht mehr Rechte zu geben. Erst wenn die Rüstungen der verschiedenen Länder auf das niedrigste Niveau herabgesetzt würden, dann werde die in Artikel 8 des Völkerbundespaktes erwähnte gemeinsame Aktion im Falle eines Angriffs wirksam einsetzen können.

Der Ruf nach dieser gemeinsamen Aktion werde aber solange toter Buchstabe bleiben als einzelne Mitgliedsstaaten eine so mächtige Rüstung behielten, daß jedes Streben nach einem gemeinsamen Vorgehen vor dem Dilemma eines Mißerfolges oder eines blutigen Krieges Halt machen müßte. Wenn eine Politik des unbegrenzten Egoismus, eine Politik des Unverträgliches der lebendigen Kräfte der Geschichte, eine Politik der Rüstungen eintrete, so werden die wesentlichen Voraussetzungen des Friedens ganz natürlich wegfallen. Bezüglich der von dem amerikanischen Vertreter angeregten Verlängerung der Flottenabkommen von Washington und London erklärte Grandi, daß für seinen Teil hin seit von der Notwendigkeit überzeugt, das Londoner Flottenabkommen zu erneuern.

Ueber die Methode der Abrüstung erklärte Grandi: Sie kennen die beiden Hauptpunkte, die der Regierungschef meines Landes für die italienische Haltung in dieser Hinsicht aufgestellt hat: Die Gleichberechtigung aller Staaten und Ausgleich der Streitkräfte auf dem niedrigsten Niveau. In diesem Zusammenhang machte Grandi über die französischen Vorschläge folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Friedensverträge bestimmen unzweideutig, daß die militärischen Verpflichtungen, die gewisse Staaten übernommen haben, den Anfang einer allgemeinen Abrüstung darstellen. Diese Bestimmungen sollten nicht für diese Staaten den Zustand dauernder Unterlegenheit schaffen, sondern sie stellen, wie es der Präsident der Friedenskonferenz feierlich erklärt hat, den ersten Schritt zu jener allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, die die alliierten und assoziierten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhütung des Krieges erstreben. Es war also nicht eine Verpflichtung, die eine Staatsgruppe gegenüber einer anderen Gruppe übernommen hat. Es war eine allgemeine Verpflichtung eines jeden von uns gegenüber den anderen. In den Friedensverträgen hat man für Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten Beschränkungen geschaffen, die dem Gedanken entsprachen, den Streitkräften dieser Staaten diejenigen Kriegsmittel zu entziehen, die einen ausgeprochenen Angriffskarakter haben und gerade im Hinblick auf eine internationale Organisierung des Friedens, die der Völkerbund verwirklichen sollte.

Zum Schluß seiner Rede wies Grandi darauf hin, daß die schwersten Opfer in der Abrüstung von den härtesten Staaten verlangt werden müßten; aber daß sei nur gerecht. Die am härtesten bewaffneten Staaten hätten am wenigsten zu fürchten und müßten mit gutem Beispiel vorangehen. Sie müßten zuerst auf die Waffen verzichten, die wesentlich für einen Angriffskrieg bestimmt seien. Nach Abschaffung dieser Kriegsmittel werde man leichter und rascher zu einem Abkommen über Verminderung und quantitativen Begrenzung der anderen Rüstungen gelangen.

Rede des japanischen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz.

Genf. (Funktspruch.) Nach Grandi sprach der japanische Delegationsführer Botschafter Matubaira, der erklärte, trotz der unglücklichen Lage in Ostasien sei Japan so entschlossen wie je dazu entschlossen, die Sache der Abrüstungskonferenz zu fördern. Matubaira erklärte, die japanische Delegation sei bereit, den Konventionenentwurf als Grundlage der weiteren Arbeiten anzunehmen. Der Vertreter Japans machte geltend, daß die japanischen Streitkräfte in einzelnen Waffengattungen hinter der westeuropäischen Entwicklung noch sehr weit zurück sei. Eingehend erörterte er das Flottenproblem. Hoffentlich werde die Londoner Deklaration über die Einschränkung des Gebrauchs der Unterseeboote die Zustimmung aller Seemächte finden und auf die anderen Kriegsschiffstypen ausgedehnt werden können. Den Vorschlägen über das Verbot von Luftbombardements und der Verwendung von Giftgasen stimmte die japanische Delegation vollkommen zu. Japan sei bereit, an einem gerechten praktischen Abbau mitzuarbeiten, durch den die Begrenzung und die Herabsetzung der Rüstungen am besten bewirkt werde, jedoch dürfe die nationale Sicherheit nicht gefährdet werden.

Rede Zaleski auf der Abrüstungskonferenz.

Genf. (Funktspruch.) Die französische These wurde heute zum erstenmal untertütigt, und zwar von dem polnischen Außenminister Zaleski. Er begann mit einem Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung und die geographische Lage Polens, die in dem polnischen Memorandum vom 14. September 1931 als Begründung für die Aufrechterhaltung des polnischen Rüstungsstandes angeführt wird. Zaleski betonte, daß der Konventionenentwurf die Hauptbasis für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz bilden sollte. Dieser Entwurf müsse aber im Sinne der polnischen Auffassung ergänzt werden. Zaleski erklärte, daß die sogenannte indirekte Methode auf dem Wege der Begrenzung das einzig wirkliche Mittel sei, um zu einer Abrüstung zu gelangen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen trat Zaleski im Sinne des französischen Memorandums für die Schaffung eines organisierten internationalen Sicherheits- und Sanktionensystems ein.

Die Debatte wurde sodann am Donnerstag vormittag vertagt.

Morgen spricht Litwinow.

Genf. (Funktspruch.) Morgen vormittag wird auf der Abrüstungskonferenz nach dem belgischen Delegierten Dymans der russische Volkskommissar Litwinow sprechen.

Der Eindruck der Grandi-Rede in Genf.

Genf. (Funktspruch.) Die Wirkung der Rede des italienischen Außenministers war sehr stark. Großer Beifall wurde dem Vertreter Italiens, als er Gleichberechtigung für alle Staaten forderte und mit besonderer Betonung erklärte, daß die einseitigen Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht dazu da seien, eine künftige militärische Unterlegenheit Deutschlands und seiner Verbündeten gegenüber den anderen Staaten zu schaffen.

Die Rede Grandis bildete eine willkommene Ergänzung der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning, daß der Vertreter einer hochgerühmten Großmacht die Formel gebrauchte, die militärisch härtesten Staaten müßten auf der Abrüstungskonferenz die größten Opfer bringen. Daß der Vertreter einer Großmacht, die sich bisher ungehindert am internationalen Beitritten beteiligen konnte, so energisch die Abrüstung der großen Militärmächte forderte und damit die Forderungen aufstellte, die auch selbstverständlich deutsche Forderungen sind, ist besonders zu begrüßen.

Grandi wurde nach Schluß seiner Rede von mehreren Delegierten, darunter Botschafter Rodolow, dem amerikanischen Botschafter Gibson und Sir John Simon, herzlich begrüßt.